



Der Skandal fällt aus

Diskriminierung. In der Öffentlichkeit hält sich hartnäckig der Mythos, Frauen sei wegen ihres Geschlechts der Weg in Führungspositionen und in höhere Gehaltsgruppen versperrt. Doch das stimmt nicht. 

Aufgrund des demografischen Wandels nutzt Deutschland heute das Beschäftigungspotenzial von Frauen wesentlich besser als früher (Grafik). So arbeiteten im Jahr 2011 fast 72 Prozent aller Frauen, im Jahr 2000 waren es erst 63 Prozent. Nur in skandinavischen Ländern ist die

Erwerbsquote der Frauen höher – in Schweden liegt sie bei 78 Prozent.

Wie das IW-Personalpanel – eine regelmäßige Befragung von Personalverantwortlichen – zeigt, wissen die Unternehmen um die Bedeutung von Frauen für ihre wirtschaftliche Entwicklung:

Drei von zehn Unternehmen setzten im Jahr 2011 bei der Anwerbung von Fach- und Führungskräften gezielt auf Frauen.

Obwohl die Frauen auf dem Arbeitsmarkt also immer besser Fuß fassen, scheinen sie gegenüber ihren männlichen Kollegen noch immer benachteiligt zu werden:

Bezahlung. Der Bruttoverdienst von Frauen lag laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2011 durchschnittlich 22 Prozent unter dem von Männern. Diese Zahl sagt indes nichts über die Ursachen der Entgeltlücke aus.

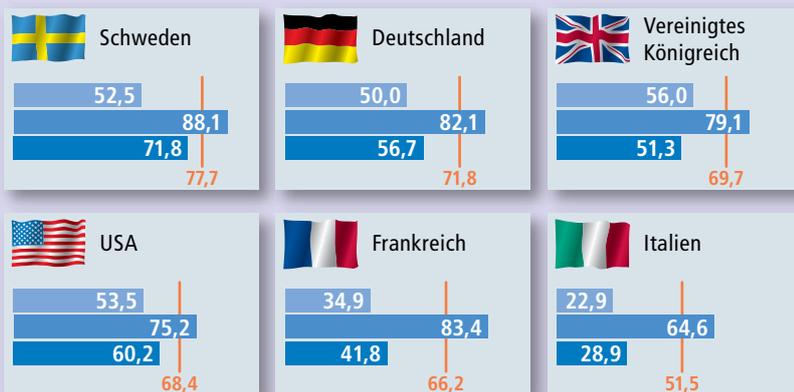
Licht ins Dunkel bringt ein Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Demnach lässt sich die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern meist auf Faktoren wie Alter, Berufserfahrung, Bildung usw. zurückführen.

In der Bundesrepublik Deutschland erklären allein familienbedingte Erwerbspausen und Teilzeitarbeit schon 56 Prozent des Lohnunterschieds (Grafik Seite 2). →

Frauen im Arbeitsmarkt

Erwerbsquoten von Frauen 2011 in Prozent

■ 15 bis 24 Jahre ■ 25 bis 54 Jahre ■ 55 bis 64 Jahre ■ Insgesamt



Erwerbsquote: Erwerbstätige und Arbeitslose in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter; USA: 2010; Quellen: Eurostat, OECD

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 3

Inhalt

Studiengebühren. In Bayern startet ein Volksbegehren zur Abschaffung der Studienbeiträge, die sich 2011 auf 182 Millionen Euro summierten. Seite 3

Leistungsbilanz. Spanien, Italien und Portugal haben wegen steigender Ausfuhren mittlerweile eine fast ausgeglichene Export-Import-Bilanz. Seiten 4-5

Weiterbildung Älterer. Eine Aufstiegsfortbildung zum Meister oder Techniker kann sich auch noch für 50-jährige Arbeitnehmer lohnen. Seite 6

Pharmaindustrie. Während in Südhessen viele Jobs abgebaut wurden, stellten die oberbayerischen Arzneimittelhersteller kräftig ein. Seite 7

Niedersachsen. In Hannover wird ein neuer Landtag gewählt. Das Flächenland legte zuletzt eine ordentliche Entwicklung hin. Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ **Lediglich ein Fünftel der Lohnlücke in Deutschland kann nicht durch objektive berufsbiografische oder persönliche Merkmale erklärt werden.**

Übertragen auf die Lohnlücke, die das Statistische Bundesamt ausweist, bedeutet dies: Die bereinigte Lohnlücke liegt unter 5 Prozent.

Karriere. Das Statistische Bundesamt weist für das Jahr 2011 bei Führungskräften einen Frauenanteil von rund 30 Prozent aus. Das waren nur 3 Prozentpunkte mehr als zehn Jahre zuvor. Allerdings gibt es große Unterschiede. Laut IW-Personalpanel war im Jahr 2012 der durchschnittliche Anteil von weiblichen Führungskräften in den Dienstleistungssektoren fast doppelt so hoch wie im Verarbeitenden Gewerbe (Grafik).

Unternehmen mit ausschließlich weiblicher Geschäftsführung haben mehr als viermal so viele Frauen in Führungspositionen wie Unternehmen mit ausschließlich männlichem Management.

Was aber sind – wenn Diskriminierung als Motiv ausfällt – die wahren Gründe für die Lohnlücke und

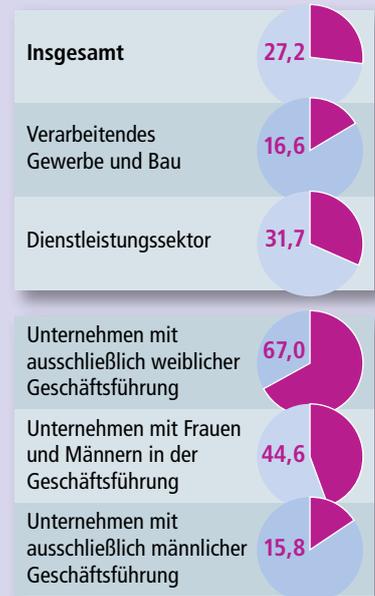
den niedrigen Frauenanteil in Führungspositionen? Die Antwort:

Berufswahl. Insbesondere in der Industrie werden Führungspositionen fast immer mit Menschen besetzt, die eine technische, naturwissenschaftliche oder mathematische Expertise vorweisen können. Doch trotz aller Bemühungen, junge Frauen für technische Berufe zu begeistern, stellen Frauen lediglich 12 Prozent aller neuen Auszubildenden in einem solchen Beruf. Auch der Anteil weiblicher Studienanfänger in den MINT-Wissenschaften – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – verharret seit langem bei rund 30 Prozent.

Erwerbsunterbrechungen. Längere Elternauszeiten oder ein Teilzeitjob machen es Frauen schwerer oder sogar unmöglich, im Aufstiegs Wettbewerb die eigenen Kompetenzen und die eigene Leistungsbereitschaft unter Beweis zu stellen – und spielen deshalb den meist männlichen Mitbewerbern in die Hände. So zeigt das IW-Personalpanel, dass in fast 80 Prozent der Unternehmen die Führungskräfte ausschließlich Vollzeit arbeiten.

Frauen im Management

Durchschnittlicher Anteil weiblicher Führungskräfte 2012 in Prozent



Quelle: IW-Personalpanel 2012

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 3

Weil die Unternehmen durch personalpolitische Maßnahmen nur begrenzt Einfluss auf die Berufswahl und die Frage der innerfamiliären Lastenverteilung nehmen können, ruft das die Politik auf den Plan. Der Weg über Zwangsmaßnahmen wie eine Frauenquote verkennt allerdings die wahren Ursachen und führt deshalb in die Irre. Stattdessen sollte die Politik vor allem das Betreuungsangebot für Kinder ausweiten, damit all jene, die länger arbeiten wollen, dies auch können. Das eröffnet allen die gleichen Karriere- und Verdienstchancen – egal ob Frau oder Mann.

Gründe für die Entgeltlücke

Lebeispiel: In Deutschland können 56 Prozent der unbereinigten Entgeltlücke durch die unterschiedliche Arbeitszeit von Frauen und Männern erklärt werden

	So viel Prozent der Entgeltlücke in diesen Ländern erklären sich durch den Faktor ...				
	Alter/Berufserfahrung	Arbeitszeit (Teilzeit usw.)	Ausbildung	Tätigkeitsmerkmale	Nicht erklärbar
Italien	10	45	-12	-4	61
Spanien	13	28	-4	10	53
Schweden	-3	29	-2	27	50
Vereinigtes Königreich	-1	49	0	15	36
Frankreich	4	33	-2	33	32
Deutschland	8	56	1	15	20

Ein Minus in der Tabelle z.B. beim Faktor Ausbildung heißt: Frauen in Italien sind besser qualifiziert als Männer, werden aber bei gleicher Qualifikation schlechter bezahlt als Männer; Ursprungsdaten: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 3



IW-Positionen Nr. 57

Holger Schäfer, Jörg Schmidt, Oliver Stettes: Beschäftigungsperspektiven von Frauen – Eine arbeitsmarktökonomische Analyse im Spiegel der Gleichstellungsdebatte, Köln 2013, 56 Seiten, 11,80 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter: www.iwmedien.de/bookshop

Bayern begehrt auf

Studiengebühren. Ein Bündnis aus Freien Wählern, Sozialdemokraten und Grünen will die Studiengebühren in Bayern kippen. Dass die Campus-Maut abschreckend wirkt, ist allerdings nicht erwiesen. So hat sich im Freistaat seit Einführung der Studienbeiträge kaum etwas an der sozialen Herkunft der Studenten geändert.

Zwischen 300 und 500 Euro müssen Studenten in Bayern pro Semester berappen – noch. Denn am 17. Januar startet im Freistaat ein Volksbegehren gegen Studiengebühren. Wenn sich bis zum 30. Januar mehr als 10 Prozent der Wahlberechtigten – also mindestens 940.000 Männer und Frauen – in die Unterschriftenlisten eintragen, gibt es innerhalb von drei Monaten einen Volksentscheid, bei dem die Bürger darüber abstimmen, ob in Bayern künftig weiterhin Studienbeiträge erhoben werden oder nicht.

Doch so weit wird es vermutlich nicht kommen. Denn CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer hat schon angekündigt, die Campus-Maut für den Fall, dass das Volksbegehren erfolgreich verläuft, wieder abzuschaffen – dabei war es seine Partei, die die Studiengebühren 2007 in Bayern eingeführt hat.

Im Studienjahr 2011 kamen im Freistaat durch den Studenten-Obolus 182 Millionen Euro zusammen. Mehr als die Hälfte davon (52 Prozent) gaben die Hochschulen für die Lehre aus, vor allem für mehr Personal. Zweitgrößter Ausgabenposten war die Infrastruktur (32 Prozent), investiert wurde vor allem in Bibliotheken und in die Datenverarbei-

tung. Rund 10 Prozent der Studiengebühren flossen in den Studentenservice, zum Beispiel in die Studienberatung und in studentische Projekte. Weitere 4 Prozent gingen in die Verwaltung der Beiträge und knapp 2 Prozent in den Sicherungsfonds für Darlehen, mit denen Studenten die Gebühren finanzieren können.

Wenn die Studiengebühren gestrichen werden, will die Landesregierung den Hochschulen die entgangenen Mittel ersetzen. Genau so läuft es in den anderen fünf Bundesländern, in denen die Gebühren bereits abgeschafft wurden.

„Studienbeiträge sind sozial ungerecht und wirken sozial selektiv“, lautet das Hauptargument der Gebührengegner. Genau das konnte allerdings bislang keine Studie wirklich untermauern – weder bundesweit noch für einzelne Bundesländer. Auch in Bayern hat die Einführung von Studienbeiträgen im Jahr 2007 nicht zu einer sozialen Auslese geführt, wie Daten des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung zeigen (Grafik):

Zwischen 2006 und 2009 ist sowohl die Zahl der Studenten in Bayern insgesamt gestiegen als auch der Anteil des akademischen Nachwuchses aus den unteren Herkunftsmilieus.

Auch der Anteil der Bafög-Bezieher an allen Studenten hat sich in diesem Zeitraum kaum verändert. Die größten Verschiebungen gab es ausgerechnet bei den Studenten, die eine hohe soziale Herkunft aufweisen: Ihr Anteil an den bayerischen Hochschulen nahm zwischen 2006 und 2009 um 4,4 Prozentpunkte ab.

Studiengebühren schrecken nicht ab

Soziale Herkunft der Studenten in Bayern vor und nach Einführung der Studiengebühren im Jahr 2007 in Prozent



Soziale Herkunft: abhängig von der beruflichen Stellung und dem Bildungsabschluss der Eltern

Quelle: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

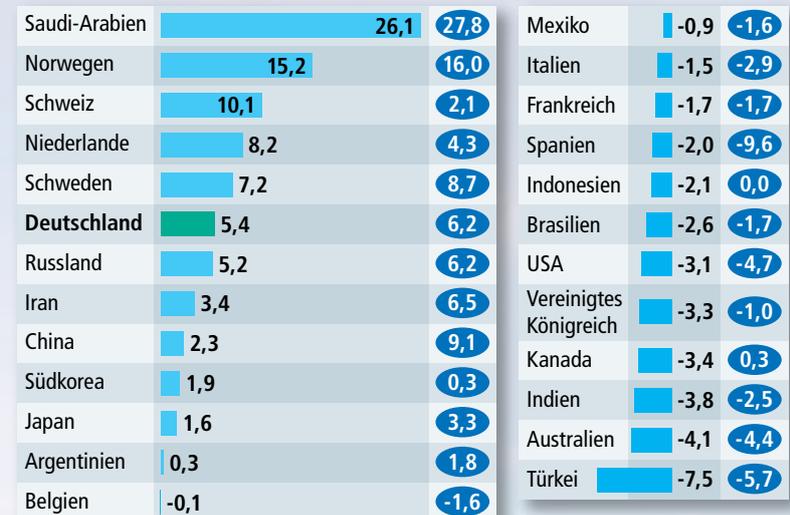
© 2013 IW-Medien - Imd 3

Offensichtlich ist es in Bayern also gelungen, die Einführung der Studiengebühren sozial abzufedern. Dazu dürften mehrere Regelungen beigetragen haben:

- Im Freistaat müssen sich Studenten mit maximal 15.000 Euro Bafög- und Studiengebührendarlehen verschulden. Mit dieser Kapplungsgrenze sorgt Bayern dafür, dass die finanziellen Belastungen für Studenten nicht untragbar werden.
- Studienabsolventen haben 25 Jahre Zeit für die Rückzahlung der Studendarlehen. Abgestottert werden muss erst ab einem Einkommen von 1.670 Euro netto im Monat – diese Grenze steigt um weitere 535 Euro für einen nicht verdienenden Ehepartner und 485 Euro für jedes Kind.
- Studenten, die aus kinderreichen Familien kommen, studierende Geschwister haben, sich in einer Praxisphase befinden oder besondere Studienleistungen erbringen, erhalten einen Gebührenerlass. Im Wintersemester 2011/2012 zahlte deshalb fast jeder dritte Student in Bayern keine Studienbeiträge.

Leistungsbilanzsalden international

der 25 Länder mit der größten Wirtschaftsleistung
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



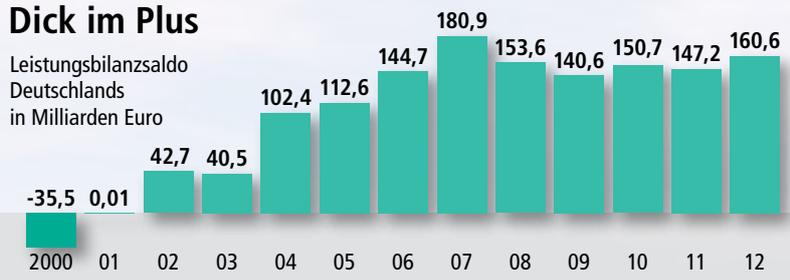
2012: IWF-Prognose; Ursprungsdaten: Internationaler Währungsfonds

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 3

Dick im Plus

Leistungsbilanzsaldo
Deutschlands
in Milliarden Euro



2012: Prognose auf Basis der Daten bis Oktober; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 3

Die Bausteine der deutschen Leistungsbilanz

im Jahr 2011
in Milliarden Euro



Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 3

Die Leistungsbilanz

Eigentlich ist sie ein unschuldiges statistisches Konstrukt, denn die Leistungsbilanz fasst lediglich wichtige außenwirtschaftliche Größen zusammen: den Saldo aus Warenexporten und -importen, die Bilanz des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs, die internationalen Erwerbs- und Vermögenseinkommensströme sowie den Saldo der sogenannten Übertragungen, zu denen Zahlungen im Rahmen der Entwicklungshilfe gehören.

Vor allem im Boom vor Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ist die Leistungsbilanz allerdings in den Mittelpunkt vieler politischer Debatten gerückt. Damals nahmen die Gegensätze zu: Länder, die mehr importierten, als sie es sich leisten konnten, verzeichneten steigende Leistungsbilanzdefizite. Auf der anderen Seite erzielten exportstarke Staaten – wie auch Deutschland – hohe Überschüsse. Diese Ungleichgewichte haben viel Kritik hervorgerufen – zum Beispiel die, dass die Exportnationen auf Kos-



ten der anderen Länder florieren würden.

Fakt ist jedoch, dass viele Länder inzwischen deutlich kleinere Leistungsbilanzsalden haben als im Jahr 2008 – dies gilt nicht zuletzt für den Exportweltmeister China. Deutschland schnitt 2012 zwar im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit außereuropäischen Handelspartnern wie den USA deutlich besser ab als vier Jahre zuvor und schrieb im Außenhandel mit China sogar erstmals schwarze Zahlen. Gegenüber den EU-Staaten und insbesondere bei den Geschäften mit Krisenländern wie Italien und Spanien schrumpfte der deutsche Überschuss allerdings um bis zu 75 Prozent. Der Vorwurf, die deutsche Wirtschaft wachse auf Kosten anderer Eurostaaten, zielt also ins Leere. Vielmehr nehmen die Ungleichgewichte in der Eurozone rasant ab.

Denn auch die Euro-Schuldenländer haben deutliche Fortschritte in ihren außenwirtschaftlichen Zahlen erzielt – und zwar nicht nur, indem sich ihre Importe krisenbedingt verringerten. Vielmehr ist die Verbesserung der Handelsbilanzen von Spanien, Italien und Portugal mindestens zur Hälfte steigenden Exporten zuzuschreiben (vgl. iwD 15/2012). Alle drei Länder haben inzwischen eine fast ausgeglichene oder sogar leicht positive Export-Import-Bilanz.

Weniger Überschüsse im Handel mit der EU

Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands gegenüber diesen Ländern jeweils im ersten bis dritten Quartal in Milliarden Euro

	2008	2012	Veränderung in Prozent	
Italien	13,3	3,4	-74,7	
Spanien	21,1	8,1	-61,8	
Griechenland	3,2	1,4	-55,7	
Portugal	4,2	2,4	-43,5	
Alle 17 Euroländer	73,3	36,2	-50,6	
Übrige 10 EU-Staaten	24,7	11,8	-52,1	
Sonstige Länder	18,7	72,2		
Insgesamt	116,7	120,2		3,0

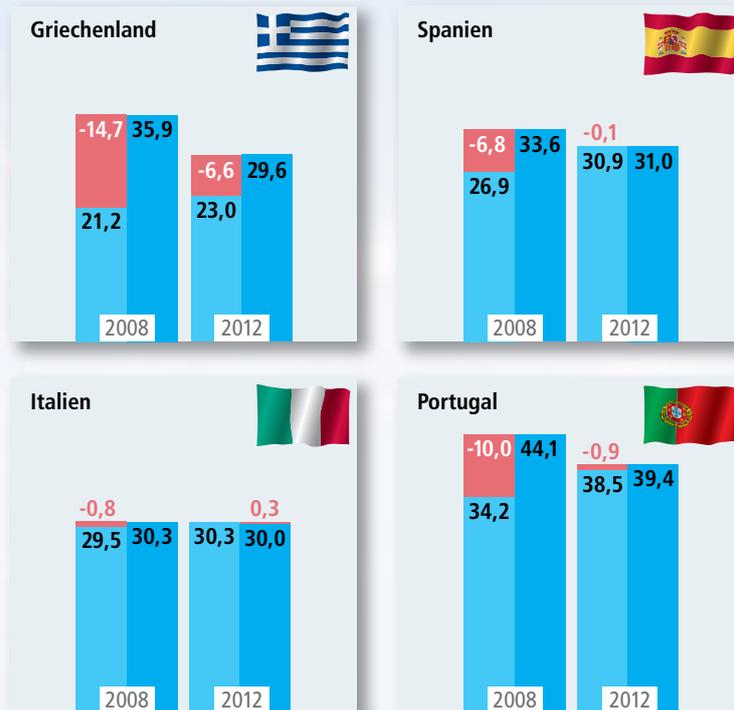
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Euro-Krisenstaaten steigern Exportquote

jeweils im ersten Halbjahr in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

■ Exporte ■ Importe ■ Handelsbilanzsaldo



Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwD 3

© Foto: arsdigital - Fotolia.com

Eine Investition, die sich dreifach auszahlt

Weiterbildung Älterer. Da die Bevölkerung in Deutschland aufgrund des demografischen Wandels schrumpft, gibt es auf dem Arbeitsmarkt immer mehr Ältere. Damit diese voll erwerbsfähig bleiben, ist Weiterbildung unerlässlich. 

Gegenwärtig leben in Deutschland 82 Millionen Menschen. Im Jahr 2060 dürften es nur noch 65 bis 70 Millionen sein. Gleichzeitig werden die Bundesbürger – dank medizinischem Fortschritt und gesünderer Lebensumstände – immer älter. Im Augenblick beträgt das mittlere Alter der heimischen Bevölkerung 43 Jahre, schon 2045 wird es bei mehr als 52 Jahren liegen.

Die Gruppe der älteren Personen gewinnt also zwangsläufig an Bedeutung, nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt. Dort sind schon heute mehr Ältere vertreten als früher (Grafik):

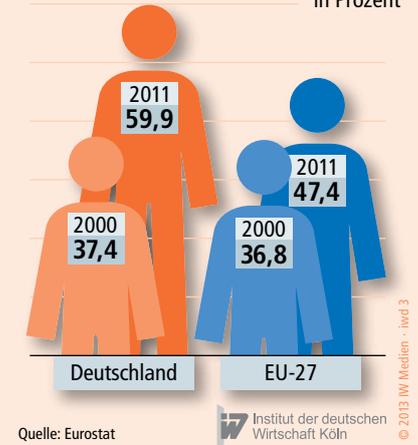
Im Jahr 2000 arbeiteten in Europa wie in Deutschland 37 Prozent der 55- bis 64-Jährigen. Bis 2011 ist diese Quote in Europa auf 47 Prozent angestiegen, in Deutschland sogar auf 60 Prozent.

Um ältere Personen länger im Arbeitsmarkt zu halten, ist es wichtig, dass sich diese Gruppe auch entsprechend weiterbildet. Diese Investition rechnet sich dreifach:

- Für den einzelnen Arbeitnehmer können sich Weiterbildungsanstrengungen durch ein höheres Einkommen und eine größere Arbeitsplatzsicherheit auszahlen. Besonders profitabel sind Maßnahmen, die in einen weiteren Abschluss münden, etwa Meister- oder Technikerbildungen. Eine kurze Aufstiegsfortbildung, die mit einem einjährigen Berufsausstieg verbunden ist, kann sich auch noch im Alter von 50 Jahren lohnen.
- Aus Unternehmenssicht rentieren sich Weiterbildungen für Ältere vor allem dann, wenn auf diese Weise in dieser Altersgruppe eine höhere Produktivität erreicht wird. Dies gelingt besonders gut, wenn den Beschäftigten neue Kenntnisse und Fähigkeiten direkt am Arbeitsplatz vermittelt werden.
- Auch gesamtgesellschaftlich rechnet es sich, bei den älteren Arbeitnehmern zusätzliche Potenziale zu

Arbeit im Alter

Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen in Prozent



heben. Wenn es Weiterbildungsmaßnahmen ermöglichen würden, dass Ältere zwei Jahre länger im Beruf bleiben, könnte die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts um mehr als 0,2 Prozentpunkte höher sein. Bis zum Jahr 2030 käme so ein wirtschaftliches Plus von fast 100 Milliarden Euro zusammen.



IW-Analysen Nr. 85

Christina Anger, Vera Demary, Axel Plünnecke, Oliver Stettes: Bildung in der zweiten Lebenshälfte – Bildungsrendite und volkswirtschaftliche Effekte, Köln 2013, 108 Seiten, 19,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Comment? Wie kann das sein?

50 Jahre Élysée-Vertrag. Die deutsch-französische Freundschaft, offiziell besiegelt durch den von Konrad Adenauer und Charles de Gaulles am 22. Januar 1963 fixierten Élysée-Vertrag, ist in einem entscheidenden Punkt nicht sonderlich weit gekommen: beim Spracherwerb. Zwar hatten die beiden Staatenlenker vor 50 Jahren ausdrücklich vereinbart, „konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der deutschen Schüler,

die Französisch lernen, und die der französischen Schüler, die Deutsch lernen, zu erhöhen“. Noch im selben Jahr wurde dazu das Deutsch-Französische Jugendwerk aus der Taufe gehoben, das sich seitdem verdientvoll um die Verbreitung des Französischen respektive Deutschen bemüht. Doch in der Praxis steht es um die nachbarschaftlichen Fremdsprachenkenntnisse nicht allzu gut: So beherrschen derzeit nur 14 Prozent der Deutschen das Französische so gut, dass sie sich en français unterhalten können. Auf Englisch gelingt das immerhin viermal so

vielen Bundesbürgern. In Frankreich ist die Situation noch trauriger: Nur 6 Prozent der Franzosen glauben, gut genug Deutsch zu sprechen, um ein Gespräch führen zu können. Auf Spanisch trauen sich das mehr als doppelt so viele Franzosen zu. Die Goethe-Institute in Frankreich verzeichnen zwar seit 2009 steigende Teilnehmerzahlen bei den Deutschkursen, doch im deutlich weiter entfernten Spanien ist das Interesse ungleich größer: Dort lernten im vergangenen Jahr doppelt so viele Menschen Deutsch wie in Frankreich.

Auf die Forscher kommt es an

Pharmaindustrie. Südhessen und Oberbayern sind zwei Regionen, in denen Pharmaunternehmen schon lange erfolgreich produzieren und forschen. Doch seit einigen Jahren entwickeln sich die beiden Pharmacluster ganz unterschiedlich. 

In einigen deutschen Landstrichen ist die Pharmaindustrie besonders stark vertreten. Der Vorteil der regionalen Ballung liegt darin, dass Kooperationspartner praktisch vor der Haustür zu finden sind und die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen und der Wissenschaft leichter zu organisieren ist. Doch nur dicht beieinander zu sitzen, sichert keinen Erfolg – das zeigt ein Vergleich der beiden Pharmacluster:

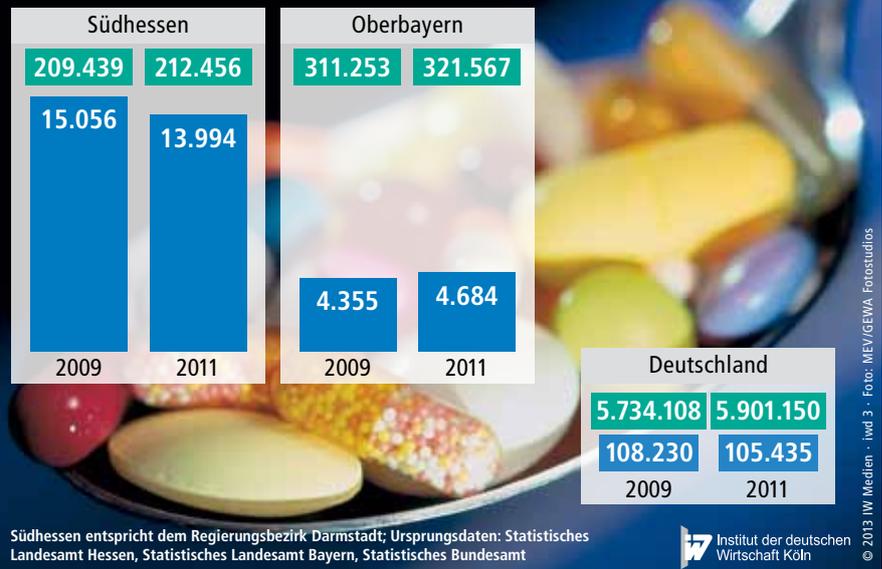
Südhessen. In und um Frankfurt werden seit über 100 Jahren Medikamente produziert und Wirkstoffe erforscht. Im Jahr 2011 beschäftigte die Pharmaindustrie dort fast 14.000 Mitarbeiter (Grafik). Damit war jeder 15. Industriebeschäftigte in einem Pharmaunternehmen angestellt, diese Quote ist fast viermal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Doch zuletzt ist die regionale Bedeutung der Branche gesunken.

Die südhessischen Pharmaunternehmen haben zwischen 2009 und 2011 mehr als 7 Prozent ihrer Arbeitsplätze abgebaut. Im Bundesdurchschnitt sank die Pharmabeschäftigung dagegen nur um knapp 3 Prozent.

Oberbayern. Die Region ist mit nicht ganz 5.000 Beschäftigten zwar ein recht kleiner Pharmastandort – der aber befindet sich seit 2009 im Aufwind.

Pharmaindustrie in Deutschland

- Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe
- davon: Beschäftigte in der Pharmaindustrie



Die oberbayerischen Arzneimittelhersteller beschäftigten 2011 nahezu 8 Prozent mehr Mitarbeiter als noch zwei Jahre zuvor.

Dass die Oberbayern sich seit einigen Jahren besser positionieren können als die Südhessen, hat verschiedene Ursachen:

- **Zulieferer.** Pharmazeutische Unternehmen brauchen eine stabile Entwicklung ihrer Zulieferer, etwa der Chemiebranche. Gleichzeitig gewährleistet ein starker Maschinen- und Anlagenbau in der Region eine kontinuierliche Produktion. Oberbayern hatte hier zuletzt die Nase leicht vorn.
- **Netzwerke.** Die Zukunft der Pharmabranche hängt auch von ihrer Vernetzung mit anderen hochinnovativen Branchen wie der Biotechnologie ab. Auf diesem Gebiet nehmen sich die beiden Kontrahenten nichts: Während die oberbayerische Pharmaindustrie mit der Biotech-

branche vor Ort sehr gut vernetzt ist, gibt es in Südhessen vermehrt Initiativen zur Stärkung der Gesundheitsregion und der Zusammenarbeit von Chemie und Pharma.

- **Arbeitsmarkt.** In beiden Bundesländern profitiert die Pharmaindustrie von einem guten Angebot an Medizinern und Wissenschaftlern. Gleichzeitig ist die pharmazeutische Produktion und Forschung aber auch auf Ingenieure und Techniker angewiesen. Deren Anzahl stieg in Hessen von 2005 bis 2010 lediglich um 1,5 Prozent. In Bayern war das Beschäftigtenplus im selben Zeitraum hingegen viermal so hoch.



aus IW-Trends
4/2012

Jasmina Kirchhoff:

Wissensbasis und regionale Agglomeration –
Zwei Pharmacluster im Vergleich
www.iwkoeln.de/trends

Zwei Leuchttürme sind nicht genug

Niedersachsen. Am 20. Januar wird in Hannover ein neuer Landtag gewählt. Mit acht Millionen Einwohnern gibt Niedersachsen in Norddeutschland zwar den Ton an. Allerdings hängt die Wirtschaft zu sehr an zwei Branchen.

Mit dem Volkswagen-Konzern hat Niedersachsen einen der größten europäischen Cluster der Autoindustrie. VW gab im Jahr 2011 mehr als 7 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aus – mehr als jedes andere europäische Unternehmen. Gemessen an der Beschäftigtenzahl ist der Firmensitz in Wolfsburg das größte Industriewerk in Europa und nach dem Frankfurter Flughafen der zweitgrößte deutsche Arbeitgeber.

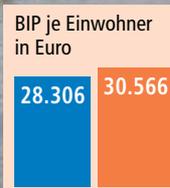
Der zweite Leuchtturm in Niedersachsen ist die Windkraftbranche. So hat zum Beispiel Enercon – der führende deutsche Hersteller

Niedersachsen in Zahlen

■ Niedersachsen ■ Deutschland

Kategorie	Niedersachsen	Deutschland
Einwohner in 1.000	7.926	81.800
Erwerbstätige in 1.000	3.765	40.483
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	224,4	2.498,8

Wahl 2013



Stand: 2011; Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Bild 3 - Foto: Frank Wiechens - Fotolia.com

großer Landanlagen – seinen Sitz in Aurich. Gemessen an der installierten Windkraftleistung gehört das Unternehmen zu den führenden Anlagenproduzenten der Welt.

Insgesamt kann sich die Wirtschaftsentwicklung Niedersachsens sehen lassen (Grafik):

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs zwischen 2006 und 2011 um durchschnittlich knapp 1,1 Prozent – das entsprach in etwa dem bundesdeutschen Trend.

Im ersten Halbjahr 2012 legte das niedersächsische BIP um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu und wuchs damit sogar etwas stärker als das gesamtdeutsche.

Die Wirtschaftskraft von 28.300 Euro je Einwohner ist allerdings eher gering, weil es neben Hannover keine weiteren Ballungszentren in Niedersachsen gibt. Die Metropolen Hamburg und Bremen, in denen

viele niedersächsische Pendler arbeiten, entlasten zwar den Arbeitsmarkt, der im Dezember 2012 mit einer Arbeitslosenquote von 6,4 Prozent sehr gut dastand. Die Demografie in dem Flächenland leidet allerdings darunter, dass Zuwanderer vor allem in die Metropolen gehen. In Zukunft wird deshalb der Fachkräftemangel ein Problem für Niedersachsen, denn bis 2030 dürfte die Einwohnerzahl um 6 Prozent und die Zahl der Erwerbspersonen noch stärker zurückgehen.

Die fehlende Wirtschaftskraft spiegelt sich im Länderfinanzausgleich wider: Niedersachsen ist Empfängerland und erhielt im Jahr 2011 rund 204 Millionen Euro. Auch bei der Verschuldung muss das Land umsteuern. Ende September vergangenen Jahres war der Schuldenberg Niedersachsens auf 56 Milliarden Euro angewachsen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentin: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.